



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 185-2025
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.414

Eingereicht am: 14.07.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Lerch (Langenthal, SVP) (Sprecher/in)
Müller (Langenthal, SP)
Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP)
Schär (Schönried, FDP)
Weber-Grunder (Aarwangen, Die Mitte)
Jost-Morandi (Herzogenbuchsee, GLP)
Lindegger (Roggwil, GRÜNE)
Hurni (Frutigen, SP)
Blatti (Oberwil i. S., EDU)
Müller (Adelboden, EVP)
Freudiger (Langenthal, SVP)
Schüpbach (Huttwil, SVP)
Zimmermann (Frutigen, SVP)
Haudenschild (Niederbipp, FDP)
Stotzer-Wyss (Büren an der Aare, EVP)
Martini (Herzogenbuchsee, SP)
Bösiger (Niederbipp, SVP)
Grädel (Schwarzenbach BE/Huttwil, EDU)
Leuenberger (Bannwil, SVP)
Schranz (Adelboden)
Maeder (Kandersteg)
Bühler (Romont BE, Die Mitte)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 04.09.2025

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Gesamtstrategie zur Spitallandschaft im Kanton Bern: Möglichst rasch Ist und Soll aufzeigen

Der Regierungsrat wird wie folgt beauftragt:

1. Dem Grossen Rat ist unverzüglich eine Gesamtstrategie zu den Listenspitälern mit besonderem Fokus auf die Geburtenabteilungen vorzulegen.
2. In dieser Gesamtstrategie sind einerseits der IST-Zustand der Spitallandschaft und andererseits die SOLL-Situation (Gesamtstrategie der Zukunft) mit Spitalstandorten und den dort anzubietenden Leistungen (Spitalplanungsleistungsgruppen, Basispaket usw.) darzulegen.
3. In der Gesamtstrategie sind namentlich auch die Situation der Geburtenabteilungen an den Listenspitälern und die Situation für Gebärende in allen Regionen darzustellen; dies mit dem

Fokus auf versorgungs- und regionalpolitische sowie betriebs- und gemeinwirtschaftliche Aspekte. Dabei ist die Bedeutung der Geburtenabteilungen für die Bevölkerung, die Region und für die Attraktivität eines Spitals darzustellen und zu gewichten.

4. Auf geeignete Weise ist sicherzustellen, dass bei der Schliessung von Spitälern bzw. von einzelnen relevanten Abteilungen (insb. auch Geburtenabteilungen) in Zukunft die Standortgemeinden und soweit zweckmässig auch die Regionen frühzeitig einbezogen werden («Betroffene zu Beteiligten machen»).
5. In den Verwaltungsräten der staatlichen, öffentlichen Spitäler ist künftig auf eine angemessene Vertretung aus den Regionen und auf einen angemessenen Einbezug der verschiedenen Fachrichtungen (gesundheitsspolitisches Know-how, Wirtschaft usw.) und der Geschlechter zu achten.
6. Der Regierungsrat sorgt dafür, die Schliessung von Abteilungen regionaler Spitalzentren (namentlich auch von Geburtenabteilungen) zu sistieren, und sistiert damit zusammenhängende Anpassungen der Spitalliste (die Sistierungen betreffen Änderungen der IST-Situation im Zeitpunkt der Einreichung der Motion); dies bis zum Zeitpunkt, in dem der Grosse Rat von der Gesamtstrategie gemäss den obigen Ziffern Kenntnis genommen hat.

Begründung:

Angesichts der grossen Herausforderungen im Bereich der Spitallandschaft erscheint es als nötig und wichtig, dass der Regierungsrat in einem Bericht die aktuelle Situation (IST-Zustand) darlegt. Ebenso wichtig ist es, eine Gesamtstrategie zur Zukunft der Listenspitäler darzulegen (SOLL-Zustand). Dabei ist eine Konkretisierung unabdingbar, die deutlich über die Ziele und Thesen, wie sie im 4+-Regionen-Modell umschrieben werden, hinausgehen. Es müssen insbesondere Fragen beantwortet werden, wo in den Spitalregionen inskünftig noch welche Leistungsaufträge erteilt bzw. welche Leistungen angeboten werden und wo diese gebündelt werden sollen.

Nachdem die erfolgte oder angekündigte Schliessung von Geburtenabteilungen in letzter Zeit viel zu reden gegeben und Frustrationen ausgelöst hat, ist es erforderlich, auf diesen Bereich ein besonderes Augenmerk zu richten.

Grössere Diskussionen ausgelöst hat in letzter Zeit zudem die Tatsache, dass die Verwaltungsräte von staatlich getragenen, öffentlichen Listenspitälern teilweise kaum noch mit der Region, für die sie verantwortlich zeichnen, verbunden sind. Kaum zeitgemäss ist zudem, dass den Verwaltungsräten teilweise kaum Frauen angehören.

Aus all diesen Gründen ist es an der Zeit, die aktuellen Herausforderungen in einem koordinierten Gesamtkontext anzugehen. Dies im Sinne eines vorübergehenden Marschhalts, bis die in dieser Motion verlangten Dokumente (Bericht zur Spitallandschaft im Kanton Bern und Gesamtstrategie zur Zukunft der Listenspitäler) vorliegen. Bis dies der Fall ist, soll die Spitallandschaft im Kanton Bern so belassen werden, wie sich diese im Zeitpunkt der Einreichung der vorliegenden Motion präsentiert.

Zu Ziffer 1: Angesichts der Herausforderungen im Gesundheitsbereich und insbesondere im Bereich der Listenspitäler erscheint die rasche Erarbeitung einer Gesamtstrategie als nötig, richtig und wichtig.

Zu Ziffer 2: Eine Gesamtstrategie hat selbstredend sowohl die aktuelle Situation (Ist-Zustand) als auch die strategischen Vorgaben der Zukunft (künftige Soll-Situation) konkret darzulegen. Dabei ist von besonderem Interesse, ob und wie das Basispaket Medizin/Chirurgie in Zukunft ausgestaltet sein wird.

Zu Ziffer 3: Nachdem durch die jeweils kurzfristig erfolgte bzw. angekündigte Schliessung von Geburtenabteilungen in letzter Zeit im Kanton Bern viel Goodwill verloren gegangen ist und sich grosse Verunsicherung breitgemacht hat, muss dieser Bereich in der Gesamtstrategie mit all seinen Aspekten besonders in den Fokus gerückt werden. Aufgrund der Schliessungen von mehreren Geburtenabteilungen im ländlichen Raum stellt sich die Frage: Welcher Strategie folgt der Kanton bei der Versorgung der Schwangeren, Gebärenden und Wöchnerinnen in den Regionen?

Zu Ziffer 4: Schliessungen von Abteilungen sind für die Standortgemeinden und für die Regionen von eminenter Bedeutung. Ihr frühzeitiger, permanenter und partnerschaftlicher Einbezug ist daher nach dem Motto: «Betroffene zu Beteiligten machen» unabdingbar.

Zu Ziffer 5: Unverständnis ausgelöst hat die teilweise einseitige Zusammensetzung der Verwaltungsräte der staatlich getragenen, öffentlichen Listenspitäler. Der Kanton soll deshalb als Eigner gewisse Mindeststandards setzen und durchsetzen. Dies insbesondere im Hinblick auf die Vertretung der Regionen und die Berücksichtigung von Frauen in den Verwaltungsräten.

Zu Ziffer 6: Aufgrund der Ausführungen ist ein Marschhalt indiziert, bis die Gesamtstrategie zu den öffentlichen Listenspitälern vom Grossen Rat zur Kenntnis genommen worden ist. Es ist zur Gewährleistung einer sachbezogenen, gesamtheitlichen politischen Debatte ohne vorgezogene «pflasterhafte» Einzelaktionen notwendig, die Spitalliste so zu belassen, wie sie sich im Zeitpunkt der Einreichung dieser Motion präsentiert. Konkret heisst dies, dass nicht vollzogene Schliessungen von Geburten- und anderen Abteilungen bis zur Kenntnisnahme der Gesamtstrategie durch den Grossen Rat ausgesetzt werden.

Begründung der Dringlichkeit: Mit sehr kurzfristig angekündigten Schliessungen von Geburten- und andern Spitalabteilungen soll offenbar ein *fait accompli* geschaffen werden. Dies jüngst unmittelbar vor den Sommerferien und offenbar so kurzfristig, dass nicht einmal alle Kündigungsfristen eingehalten werden können. Mit dieser unnötigen Hektik werden die Bevölkerung und die Regionen überrumpelt. Zudem wird nach der Salami-taktik eine Schwächung der betroffenen Spitäler erzwungen, ohne dass in den Spitalregionen nach dem 4+-Regionen-Modell eine Gesamtstrategie vorgelegt wird. Darauf haben die betroffene Bevölkerung, die Standortgemeinden und die Regionen einen Anspruch nach dem Motto: «Betroffene zu Beteiligten» machen. Angesichts der sich rasch zuspitzenden Situation ist die Dringlichkeit gegeben.

Verteiler
– Grosser Rat